

Herrn Ortsbürgermeister  
Ralf Nehren  
Moselstraße 28  
54308 Langsur

Sehr geehrter Herr Nehren,

die aktuell wieder aufgeflamnte Diskussion um die Finanzausstattung der rheinland-pfälzischen Kommunen möchte ich zum Anlass nehmen, mich als Landrat und damit als Leiter der Kommunalaufsicht persönlich an Sie zu wenden.

Der geschlossene Rücktritt des Ortsbürgermeisters und des gesamten Gemeinderates in Freisbach hat in der kommunalen Familie erhebliche Wellen geschlagen. Viele ehrenamtliche Ratsmitglieder und Ortsbürgermeister zollen diesem Schritt Respekt und schließen sich zumindest in großen Teilen der Kritik an. Dazu zählen die aus Sicht der Kommunen seit Jahren unzureichende Finanzausstattung, die Zwänge, die sich aus dem novellierten Kommunalen Finanzausgleichsgesetz ergeben, sowie der oftmals auch mit eigenen Anstrengungen nicht zu erreichende Haushaltsausgleich und die damit verbundene Einschränkung der kommunalen Selbstverwaltung.

Ich möchte Ihnen - auch als ehemaliger Ortsbürgermeister - versichern, dass auch ich mit der derzeitigen Situation nicht zufrieden bin. Ich habe die aktuelle Diskussion zum Anlass genommen, mich nochmals direkt an das zuständige Ministerium zu wenden, um die oben genannten und weitere Einzelaspekte anzusprechen. Aus meiner Sicht fehlen nach wie vor zusätzliche Landesmittel im kommunalen Finanzausgleich. Nicht weitere Fördertöpfe, sondern eine grundsätzlich auskömmliche Finanzausstattung der Kommunen muss das Ziel weiterer Reformschritte des Landes sein.

Zur Wahrheit gehört aber auch, dass zu viele Kommunen jahrelang mehr Geld ausgegeben haben, als ihnen zur Verfügung stand. Die jetzt vom Land geforderte Erhöhung der Grund- und Gewerbesteuern wurde als unpopuläre Maßnahme vermieden. Zudem wurden andere Einnahmemöglichkeiten nicht umfassend ausgeschöpft und manche Projekte nicht auf ihre Nachhaltigkeit oder die entstehenden Folgekosten geprüft. Generell hat oft eine jährliche, detaillierte Überprüfung der kommunalen Ausgaben in Zusammenarbeit mit den Verbandsgemeindeverwaltungen zumindest nicht in der notwendigen Tiefe stattgefunden.



Der Schuldenstand vieler Kommunen im Landkreis ist besorgniserregend und stellt in Zeiten wieder steigender Zinsen eine Gefahr für die dauerhafte Handlungsfähigkeit der betroffenen Kommune dar. Dies belastet vor allem auch künftige Generationen. Der aktuelle Entschuldungspakt des Landes ist daher ein wichtiger Schritt, der aber von eigenen Anstrengungen begleitet werden muss, um den weiteren Schuldenaufbau zu reduzieren und langfristig zu vermeiden.

Mir ist bewusst, dass dies für eine Vielzahl von Kommunen auch bei größten Anstrengungen nicht möglich sein wird und eine exorbitante Anhebung der Hebesätze nicht nur unpopulär, sondern in diesen Fällen den Bürgerinnen und Bürgern nur schwer zu vermitteln ist – gleichwohl es als Beitrag zur Generationengerechtigkeit möglicherweise unumgänglich sein könnte. Ungeachtet dessen habe ich daher als Leiter der Kommunalaufsicht gegenüber dem Land vertreten, dass die Kreisverwaltung weiterhin unausgeglichene Haushalte genehmigen wird, wenn trotz nachvollziehbarer Bemühungen zur Ausschöpfung der Einnahmemöglichkeiten unter gleichzeitiger Berücksichtigung der Ausgaben ein Haushaltsausgleich nicht möglich ist.

Darüber hinaus wird sich die Kommunalaufsicht notwendigen Investitionen, z.B. in den weiteren Ausbau der Kinderbetreuungsinfrastruktur, nicht verschließen. Aber auch hier gilt es, genauer als bisher hinzuschauen und gemeinsam Alternativen ernsthaft zu prüfen.

Besonders häufig höre ich, dass freiwillige Leistungen kaum mehr möglich sind und selbst notwendige Maßnahmen wie die Anschaffung eines Gemeindetraktors dem Rotstift zum Opfer fallen. Auch hier kann ich Ihnen versichern, dass wir uns als Kommunalaufsicht als Partner der Gemeinden verstehen und notwendige Maßnahmen nicht blockieren werden. Es muss immer der Einzelfall betrachtet werden.

So verständlich die Frustration mancher Kommunen angesichts einer mehr als schwierigen Haushaltsslage auch sein mag, ein Rückzug aus dem Ehrenamt hilft weder der Kommune noch den Bürgerinnen und Bürgern. Ich möchte Sie daher bitten, von übereilten Schritten abzusehen und sich stattdessen gemeinsam mit mir und der kommunalen Familie im Landkreis Trier-Saarburg über die anstehende Kommunalwahl hinaus dafür einzusetzen, dass wir den notwendigen Mix aus eigenen Anstrengungen und weiteren Reformanpassungen des Landes hinbekommen. Dafür werde ich mich nicht nur jetzt, sondern auch in Zukunft in Mainz einsetzen.

Abschließend sage ich Ihnen zu, das Thema Kommunalfinanzen erneut auf die Tagesordnung der nächsten Ortsbürgermeister-Dienstbesprechung zu setzen.

Bis dahin stehen meine Mitarbeiter:innen und ich Ihnen selbstverständlich gerne für Kritik und Anregungen zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen  
Ihr



Stefan Metzdorf